

## Erfahrungen zweier Genossen, die der Sache treu geblieben sind

Es war Oktober 1945. Mein Vater – aus der Gefangenschaft gekommen – nahm mich, den jungen Maurer, an die Hand. In Magdeburg-Fermersleben, einem Arbeiterviertel, trat ich in die SPD ein. Diese Entscheidung resultierte zunächst nicht so sehr aus einer Identifizierung mit der Politik und den Zielen der SPD (dafür war ich zu jener Zeit politisch viel zu unbedarft), sondern ausschließlich aus einer Familientradition, denn beide Großväter und mein Vater waren vor 1933 SPD-Funktionäre gewesen.

Vieles aus jener Zeit ist natürlich dem Vergessen anheimgefallen, an einiges jedoch erinnere ich mich sehr gut. So höre ich heute noch, wie unter der Bevölkerung der Satz umging, die Kommunisten wollten den Sozialismus mittels Gewalt in einem revolutionären Umsturz errichten, während die Sozialdemokraten dies auf friedlichem Weg durch Reformen anstrebten. Natürlich blieb so etwas bei großen Teilen der Bevölkerung, die sich nach Krieg und Vernichtung den Frieden herbeisehnte, nicht ohne Wirkung. Es zeigte sich deshalb auch sehr bald, daß diese Darstellung zum Arsenal antikommunistischer Propaganda gehörte, die geradezu nahtlos aus der faschistischen in die neue Zeit hinüberwuchs, zumal sie von westlichen führenden Sozialdemokraten, wie etwa ganz extrem von Kurt Schumacher, bedient wurde. Wohin dies in der SPD dann schließlich führen sollte, zeigte sich 1959 auf dem Parteitag in Bad Godesberg, als die SPD in ihrem Programm den Schritt von einer sozialistischen Arbeiterpartei zu einer pragmatischen „Volkspartei“ vollzog – was in praxi allerdings schon längst geschehen war.

Und schließlich erinnere ich mich sehr genau an jene Abstimmung in unserer Parteigruppe der SPD über die Vereinigung mit der KPD. Wir waren etwas über 40 Mitglieder, und es gab lange und ausführliche Diskussionen bis zur Beschlussfassung, bei der dann 3 Genossen mit „Nein“ stimmten und 4 sich der Stimme enthielten. Das Votum für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse fiel bei uns also eindeutig aus. Daß es hier keine Einstimmigkeit geben konnte, war angesichts der 12jährigen Vergangenheit, der unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen und nicht zuletzt aufgrund des antikommunistischen Geschreis von Schumacher gegen die Vereinigung durchaus verständlich. Schließlich handelte es sich um einen tiefgreifenden Prozeß, der sich da vollzog. Er mußte von vielen zunächst geistig verarbeitet werden – wie dies in der Geschichte bei gleichen oder ähnlichen Prozessen immer der Fall ist. Solche Ereignisse führen dann notwendig auch zu Reibungsverlusten und Ungerechtigkeiten im Detail. Es zeugt allerdings von Defiziten im politischen Verständnis, von politischer Dummheit oder Ärgerem, wenn die negativen Begleiterscheinungen

zum Wesen der Sache hochstilisiert werden. Für mich war und ist die Vereinigung der beiden Parteien bis heute – und erst recht aus heutiger Sicht – eine objektiv notwendige, folglich richtige, ja die historisch bedeutsamste Maßnahme in jener Zeit gewesen.

Meine Mitgliedschaft in der SPD endete im April 1946. Später wurde mir immer wieder bestätigt, daß mein Schritt 1945 durchaus richtig gewesen sei. Aber stolz

zur Partei. Das prägte sich dann schließlich total aus, als ich – wie es damals so üblich war – als Dorfschullehrer zum Multifunktionär wurde. Meine wichtigste Aufgabe war die des Parteisekretärs des Ortes, womit ich dann Ende der 40er Jahre auch in hohem Maße für die Herausbildung der Partei neuen Typus verantwortlich war. Die in jenen Jahren gewachsenen politischen Erfahrungen wurden permanent untersetzt durch die

### Ich war in drei Parteien



**SED-Gründungsparteitag im April 1946:  
Der historische Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl**

kann ich, insbesondere angesichts der weiteren Entwicklung der SPD, darauf nicht sein; denn sie ist geblieben, was sie seit langem schon war: der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Nur reichen diesem heute die üblichen Heilmittel schon nicht mehr aus – harte Drogen müssen her!

Nun war ich also Mitglied der SED, was für mein politisches Verhalten zunächst ohne Bedeutung blieb. Das begann sich erst allmählich durch meine aktive Mitarbeit in der FDJ zu verändern, und als ich im Dezember 1946 für 14 Tage an die Kreisparteihschule delegiert wurde, entstand langsam ein bewußteres Verhältnis

aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus im Parteilehrjahr und an Parteischulen. Deren krönender Abschluß war die Delegation zum Fernstudium an der Parteihochschule, das ich 1960 mit dem Diplom abschloß. So wurde ich in der SED schließlich zu einem überzeugten, sehr engagierten und aktiven Parteimitglied, zu einem Genossen, der von 1948 bis 1988 ununterbrochen in – zumeist ehrenamtlichen – Parteifunktionen eingebunden war. Meine Zugehörigkeit zur Partei prägte wie selbstverständlich mein Denken, Fühlen und Handeln, ohne daß mir etwas anderes in den Sinn kam. Aber diese Selbstverständlichkeit führte dann

auch dazu, Fehler und Mängel, die es hinreichend gab, eben auch wie „selbstverständlich“ hinzunehmen, oft unreflektiert zu lassen. Sie störten mich durchaus, empörten mich zuweilen geradezu, aber sie waren auch so gestaltet, daß es in der zunehmend wachsenden und verfestigten Hierarchie keine reale Möglichkeit gab, sie zu unterbinden oder zu beseitigen. Dazu zähle ich vor allem die Tabuisierung höherer Parteifunktionäre, etwa der 1. Kreis- und Bezirkssekretäre, die sich in ihrem Bereich meist wie Territorialfürsten verhielten und entsprechend handelten. Sie machten daraus auch gar kein Hehl. Im Gegenteil. Das Extremste, was ich in dieser Hinsicht erlebte, trug sich Ende der 70er Jahre zu, als unser damaliger 1. Kreissekretär – schon ziemlich alkoholisiert – zu mir sagte: „Hans, weißt du eigentlich, daß ich in unserem Kreis wie ein Gott bin?“ Ich antwortete nur sarkastisch: „Dann erhöere bitte meine Gebete.“ Widerspruch war doppelt sinnlos. Zum einen, weil der nicht ankam, zum anderen, weil es im übertragenen Sinne

ja auch stimmte. Kritik und Selbstkritik waren zum Entwicklungsgesetz der Partei erklärt worden. Das war (theoretisch) durchaus richtig. Aber in der Praxis sah das ganz anders aus, wenn es eben um Kritik an bestimmten Parteifunktionären ging. Das unterließ man tunlichst!

Solche negativen Erscheinungen waren letztlich nichts anderes als eine Verzerrung des Verständnisses der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Partei.

Aber da gab es ja dann auch etwas ganz anderes, was für mein Verhältnis zur Partei bestimmend war: ihre inhaltliche Orientierung, die von ihr nicht nur theoretisch, sondern auch in der politischen Praxis vertretenen Werte. Und das war eben nicht nur Sache der Parteifunktionäre, sondern Hunderttausende von Mitgliedern verwirklichten sie an der Basis in ihren jeweiligen Bereichen. Mehr noch: Millionen Werktätige, in Blockparteien oder parteilos, trugen durch ihre Arbeit dazu bei, die von der SED proklamierte und ausgeführte humanistische Politik umzusetzen: Friedenssicherung, politische und soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, ein anerkannt hohes Niveau von Bildung und Kultur. Aber auch hier muß erneut von Selbstverständlichkeiten gesprochen werden. All das, was letztlich von meiner Partei initiiert und durchgesetzt worden war, was sie und die Bürger der DDR in Jahrzehnten geschaffen oder verhindert hatten, erschien nun so selbstverständlich, daß es nicht mehr als Errungenschaft verstanden wurde. So wollten die Menschen – nicht zuletzt animiert und



**11. Oktober 1949: Margot Feist (später Honecker) gratulierte Wilhelm Pieck als jüngste Abgeordnete zu seiner Wahl als DDR-Präsident.**

proviziert vom Westfernsehen – jetzt et was anderes: Banane, Auto, Mallorca!

Was dann geschah, ist bekannt. Und damit war ja auch meine Mitgliedschaft zur SED besiegelt. Für mich bedeutete das zunächst einen existentiellen Verlust. Dies vor allem auch deshalb, weil ich erleben mußte, wer und wie viele schon Ende 1989/Anfang 1990 ihr Parteidokument abgaben oder wegwarfen. Es handelte sich auch um Genossen, die über Jahrzehnte hinweg Parteifunktionäre waren, mit denen ich gemeinsam gearbeitet und gekämpft hatte, mit denen ich gar befreundet war und die nun quasi über Nacht ihre politische Identität verleugneten. Aber das waren wohl nicht die richtigen Genossen!

Ich verfiel zunächst in eine Art Trauma. Nachdem ich dies und eine nachfolgende Krankheit überwunden hatte, fand ich schließlich in der PDS eine neue Geborgenheit. Es gab ja keine andere Partei für mich. Sie distanzierte sich deutlich von den entsetzlichen „Segnungen“ des Kapitalismus, die über uns gekommen waren, konstituierte sich als linke Partei mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus. Also engagierte ich mich in ihr, indem ich mich in den Landesparteirat wählen ließ und dort intensiv mitarbeitete.

Dann aber gab es für mich nach einigen Jahren einen Bruch. Aufgrund eines guten Wahlergebnisses trat die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in Regierungskoalitionen mit der SPD ein. Das konnte ich jedoch nicht mitvollziehen. Ich war und bin konsequent dagegen, daß sich die PDS als kleinere Partei einer

größeren – in diesem Fall der verbürgerlichten SPD – anschließt und sich ihr damit unterwirft. Sie kann dann bestenfalls noch an Symptomen kurieren und kleinere Detailerfolge erzielen, muß aber zwangsläufig Grundelemente ihrer Ziele, ihrer Strategie und Taktik reduzieren oder gar aufgeben. Das war schon der Beginn einer Selbstaufgabe, eines opportunistischen Sich-Anpassens, was auch durch massenhafte Parteiaustritte quittiert wurde und für mich zu der Konsequenz führte, aus dem Landesparteirat auszutreten. Es gab aber noch mehr Ereignisse, die ich nicht akzeptieren oder verstehen konnte. Sie betrafen vor allem Verhaltensweisen in der Führungsspitze der Partei. Ich war schon Anfang der 90er Jahre mißtrauisch geworden, als entschieden wurde, einen ehemaligen adligen Jagdflieger der Nazis, einen Trotzkiten wie Gerhard Zwerenz und einen bunten Vogel wie Angela Marquardt in die Bundestagsfraktion aufzunehmen – um damit „Breite“ zu demonstrieren. Es meldeten sich in der Folge Leute zu

Wort, deren Ansichten und Handlungen mir fremd waren. Ich denke da beispielsweise an die Dummheiten der Damen Pau und Zimmer, die sich für politisches Handeln oder Ereignisse entschuldigten, die sie selbst nicht einmal miterlebt hatten. Bisky und andere huldigten im ND einem der größten Verräter und Negativen der deutschen Arbeiterbewegung namens Wolfgang Leonhard. Gregor Gysi sagte schließlich in einem Interview mit Iljinski, das die Super-Illu brachte, den entsetzlichen und verleumderischen Satz: „Mit der DDR ist etwas untergegangen, das die Menschen trotz sozialer und kultureller Leistungen nicht wollten, Punkt!“ Die PDS ist auf dem Weg zur Sozialdemokratie. Ich will und kann aber nicht dahin zurück. Diese PDS konnte nun nicht mehr meine Partei sein.

Manchmal habe ich übrigens den Eindruck, daß sich die SPD für das Jahr 1917 revanchiert, als Teile des linken Flügels ausschieden und die USPD gründeten. Ich hatte von 1945 an immer eine gewisse Kontinuität in der Entwicklung der Partei gesehen, denn schließlich war die PDS ja aus der SED hervorgegangen. Ich wäre 2005 insgesamt 60 Jahre in der Partei gewesen – wovon allerdings niemand Kenntnis nahm. Jetzt aber bin ich parteilos, ein parteiloser Kommunist, der bei den „Rotfuchsen“ nun wohl seine letzte politische Heimat gefunden hat.

**Prof. Dr. Hans Lutter**

*Unser Autor war 1972 Gründungsrektor und dann 16 Jahre lang Rektor der Pädagogischen Hochschule Güstrow.*

Seit 57 Jahren bin ich Kommunist. Jetzt, da die Gründung der Partei „Die Linke“ bevorsteht, blicke ich sowohl zurück als auch nach vorn. Zunächst eine Retrospektive.

Am 8. Juni 1950 wurde ich – noch Schüler – als Kandidat in die SED aufgenommen. Ich hatte (in Berlin ausgebombt) in Mecklenburg den Einmarsch der Roten Armee und die Säuberung der Schulen von den Nazi-Prügel-Lehrern erlebt. Wir hatten eine „Schüler selbstverwaltung“, FDJ-Zellen an den Schulen und FDJ-Gruppen auf dem Lande geschaffen. Wir klopfen Steine für das Neubauern-Bauprogramm, sangen vom „neuen Leben“, das anders werden mußte, und lasen die Hefte „Der junge Marxist“. Der Leiter der Kreisparteienschule borgte mir das „Kommunistische Manifest“ und viele Broschüren. Immer, wenn ich etwas zurückbrachte, diskutierte er mit mir, auch über aktuelle Probleme. Das war Gold wert, denn als Mitglied des FDJ-Kreisvorstandes war ich in den Dörfern unterwegs, und da mußte man Rede und Antwort stehen – ob es um die Existenzbedingungen der Neubauernhöfe, das Ablieferungssoll, unsere beginnende Wirtschaftsplanung oder die Oder-Neiße-Grenze ging. Meine Bitte um Aufnahme in die Partei war folgerichtig. Ich war fest davon überzeugt, daß die Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln und der Aufbau eines friedlichen Deutschlands nur unter Führung der 1946 geeinten Arbeiterpartei und allein im Bunde mit der Sowjetunion gelingen konnte. Als ich zwei Jahre später Parteimitglied wurde, hatte ich (inzwischen wieder Berliner) im Prenzlauer Berg wunderbare Genossen kennengelernt. Ich werde nicht vergessen, was Franz Fischer, unser 1. Kreissekretär (einst Mitglied des Thälmannschen ZK), unsere Bürgermeisterin Änne Saefkow (Überlebende des KZ Ravensbrück), Richard Tempel, der Leiter der Kreisdienststelle des MfS (Mitkämpfer von Albert Kuntz im Widerstand) und viele andere für meine Erziehung getan haben. In unserer Kreisparteiorganisati-



Studenten der Berliner Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF)

## Meine Schule war der Prenzlauer Berg

on wirkten Genossen, die Dimitroff beherbergt, die mit Dokumententinte aus dem Polizeirevier Personalpapiere für verfolgte Antifaschisten hergestellt, und die nach dem SA-Mord an Schneider und Graf 1931 den gemeinsamen Trauermarsch von SPD und KPD organisiert hatten. Unsere alten Genossen maßen uns mit ihrer Elle. Sie übermittelten uns ihre Erfahrungen und die Lehren der Vergangenheit, beobachteten, wie wir jungen Funktionäre uns in den Betrieben, Schulen und Wohnbezirken bewegten, ob wir die Arbeit des Staatsapparates kritisch genug begleiteten. Außerdem teilten sie uns unablässig die von ihnen bemerkten Mängel mit.

1952 begannen wir mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. 1953 verteidigten wir unsere Betriebe gegen Westberliner Provokateure, noch dem Nazigeist Verhaftete und irreführte Randalierer. 1956 mußten wir den XX. Parteitag der KPdSU „verdauen“ und uns der erneuten Attacken der Konterrevolution erwehren. 1961 endlich sicherten wir unsere Grenzen gegen die westlichen Geheimdienste und Menschenhändler; das Ausbluten der DDR-Wirtschaft konnte gestoppt werden. Die DDR wurde zu einem entwickelten Industriestaat mit einer modernen Landwirtschaft, einem vergleichsweise hohen Lebens- und Kulturniveau, einem vorbildlichen Bildungs- und Gesundheitswesen. Wir begannen mit der Erprobung eines ökonomischen Systems, das die materiellen Interessen der Werktätigen, der Betriebe und der Gesellschaft als Ganzes besser in Übereinklang bringen sollte. Das alles war nur dadurch möglich, daß unsere Partei eine marxistisch-leninistische Strategie verfocht und – bei allen Defiziten – in der Arbeiterklasse verwurzelt und mit den Bauern wie der Intelligenz eng verbündet war. Nur so gelang es, der stärksten imperialistischen Macht in Europa vier Jahrzehnte lang standzuhalten, ja sogar zu verhindern, daß das deutsche Großkapital erneut Kriege anzetteln oder sich an solchen beteiligen konnte. Am meisten hat mich immer beeindruckt, wie unter sozialistischen Bedingungen junge Menschen zu hervorragenden Persönlichkeiten heranwuchsen. Seit 1954 gehörte ich der gewählten Kreisleitung

der SED an, 1971 wurde ich ihr 1. Sekretär. Die Genossen, die in unseren Betrieben und Schulen „das Sagen hatten“, kannte ich fast alle seit Jahren.

Als wir Werner G. zum Jugendbrigadier im Schlachthof machten, mußten wir ihm einen erfahrenen „Schieber“ zur Seite stellen, der ihm die nötigen Kniffe zeigte und den Schriftkram erledigte; Werner entwickelte sich zum Diplom-Ingenieur und wurde Technischer Direktor im Fleischkombinat. Uschi J. hatten wir nach Abschluß ihrer Lehre als Fachverkäuferin für den Besuch der Pionierleiterschule gewonnen; später war sie Diplom-Pädagogin, Schuldirektorin und Stadtverordnete.

Prenzlauer Berg hatte es mit fast 180000 Einwohnern in zumeist während der Gründerjahre für die Arbeiter hochgezogenen Mietskasernen nicht leicht. Wenn mit dem VIII. Parteitag eine für unser Land nicht durchzustehende Wirtschafts- und Sozialpolitik begann, so war das je-



Lernen für ein besseres Deutschland

doch für diesen Stadtbezirk eine Wohltat. Wohnhäuser wurden instandgesetzt, das Stadtviertel am Arnimplatz modernisiert, Kaufhallen, Volksschwimmhallen, Kindereinrichtungen geschaffen, der Thälmannpark entstand. „Alles zum Wohle des Volkes“ war für uns keine leere Phrase, sondern ein praktisches Programm. Ich habe damals nicht überblickt, welche Folgen es haben würde, daß wir zu beachtlichen Verbesserungen des Lebensniveaus „nicht erst für die Enkel, sondern schon heute“ übergängen, ohne daß wir die materiellen Voraussetzungen dafür hatten. Unsere Politik entfernte sich immer mehr von ihren wissenschaftlichen Grundlagen, wurde durch Wunschenken bestimmt.

Zu einer internationalen sozialistischen Planwirtschaft war es nie gekommen. In den 80er Jahren ließ uns die UdSSR mit wichtigen Rohstoffimporten hängen.



**Der erste Aktivist: Adolf Hennecke durchbrach den Teufelskreis aus Hunger und Verzweiflung.**

Dann verhandelten Gorbatschow & Co. hinter unserem Rücken mit den USA und der BRD über die DDR. Einerseits wehrte sich unsere Parteiführung – oft mit untauglichen Mitteln („Sputnik“-Verbot) – gegen revisionistische Einflüsse, andererseits fielen wir selbst auf die angebliche „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus herein, auf die Idee eines Wettbewerbs, welche Gesellschaft den Menschen „mehr zu bieten“ hätte. In bestimmter Beziehung hatten wir diesen Wettstreit längst haushoch gewonnen, denn nur der Sozialismus kann Frieden und soziale Sicherheit garantieren. Andererseits ließen wir uns auf ein Kampffeld locken, das unser Feind ausgewählt hatte, denn er bestimmte weitgehend, welche materiellen Bedürfnisse erzeugt wurden, und konnte diese durch brutale Ausbeutung der „dritten Welt“ stets besser befriedigen, uns aber zugleich „totrösten“.

Von 1984 bis 1989 arbeitete ich als einer der Sekretäre der SED-Bezirksleitung Berlin. Die Situation spitzte sich zu. Fehlende Zulieferungen ließen die Produktion stöcken. In der Versorgung gab es bald diese, bald jene Lücke. Die Näherinnen unserer Bekleidungswerke wußten, daß viele ihrer Qualitätserzeugnisse für einen Spottpreis in den Westen gingen, damit die DDR wenigstens wieder ein paar Valutamark bekam; das begeisterte sie nicht. Für die Bürger waren unsere sozialen Errungenschaften selbstverständlich geworden – einschließlich der billigen Mieten und Preise für alles, was der Mensch unbedingt braucht. Im Westfernsehen wurde aber für hochwertige Konsumgüter, PKW und Reisen in aller Herren Länder gearbeitet; bei uns gab es das nicht ausreichend, manches gar nicht. Das Politbüro befaßte sich mit zahllosen Einzelfragen (Zahnbürsten, Kinderlätzchen usw.), aber zu wenig mit der Frage, warum immer mehr Menschen mit uns unzufrieden waren. Die Zahl der Anträge auf Ausreise in die BRD wuchs. Sicher spielten da auch „De-

mokratie-Defizite“ eine Rolle, aber nicht erstrangig. Diese Problematik wurde eher von sogenannten Bürgerrechtlern hochgespielt – Leuten, die teils „eine bessere DDR“ wollten, aber auch solchen, die ferngesteuert waren und ganz andere Ziele verfolgten.

Nicht wenige Mitglieder der Partei fielen auf die verlogene „Perestrojka“-Propaganda herein. Alle wußten: Eine Veränderung war überfällig, das Politbüro aber war sprachlos, weil ratlos. In Presse und Funk wurde weiter Schönfärberei betrieben. Wo wir Parteifunktionäre uns den Fragen offen stellten, kamen wir mit unseren Argumenten nicht mehr an. Wir hatten dem Feind schon zu lange das Feld überlassen. Wir hatten das Vertrauen der Menschen verloren, und das ist – das sei hier deutlich gesagt – auch nicht durch militärische Aktionen zu ersetzen. Die BRD nutzte die Gunst der Stunde. Als die Grenze geöffnet war, blieb es nur noch eine Frage der Zeit, bis wir mit der D-Mark überschwemmt wurden und die anfängliche Losung der Montags-Demonstranten „Wir sind das Volk“ gegen die Sprüche „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland – einig Vaterland“ ausgetauscht wurde. Die Annexion der DDR und die Enteignung des Volkes durch die Banken und Konzerne waren besiegelt; die Konterrevolution hatte die Oberhand. Wir glaubten damals, die Partei erhalten zu können, wenn wir „neuen Genossen“ unseren Platz überließen. Wir waren führungslos und daran nicht gewöhnt. Der Rücktritt des ZK, die statutenwidrige Bildung eines „Arbeitsausschusses“ zur Vorbereitung eines außerordentlichen Parteitags – das alles desorientierte die Mitglieder. Viele gaben gleich das Parteibuch ab, andere folgten den Rattenfängern; nur ein Teil blieb, aber ohne zu wissen, was zu tun sei. Offen wurde bereits von einem „dritten Weg jenseits von administrativem Sozialismus und profitorientierter Wirtschaft“ gesprochen. Unsere Partei gab es nicht mehr. Die entstehende PDS wurde unter der Losung der „Erneuerung“ schrittweise sozialdemokratisiert.

Ich arbeitete in meiner Basisorganisation im Prenzlauer Berg mit, wandte mich mit Forderungen an den Parteivorstand, diverse Programmkommissionen und die Parteipresse. Ich erhielt nicht einmal Antworten. Meine Stellungnahmen wurden jedoch in den „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform und dann in unserem „RotFuchs“ veröffentlicht.

Warum bin ich nun immer noch Mitglied der „Linkspartei“, wie sie jetzt heißt?

Schon einige Male habe ich meine Austrittserklärung geschrieben, sie dann aber doch nicht abgegeben. Ich verstehe die vielen Genossen, die das getan haben. Aber noch sind in dieser Partei nicht nur Gysis, Bries und Biskys; es gibt da auch einen Oskar Lafontaine und eine Sahara Wagenknecht; vor allem aber fühle ich mich den zahllosen Genossen verbunden, die keine Mühe scheuen, sich im Wohngebiet, in gesellschaftlichen Organisationen und Kommunen für die Interessen der arbeitenden Menschen, der Erwerbslosen, der Rentner und der Kinder einzusetzen;

jener, die aktiv gegen Krieg, Sozialabbau und Neofaschismus kämpfen.

Es existiert derzeit keine große und massengestützte marxistisch-leninistische Kampfpartei in unserem Land. Es bestehen aber in der PDS die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, der Geraer Dialog, die Antikapitalistische Linke, die Sozialistische Linke und einige Arbeitsgruppen, auch wenn der Parteivorstand sie nur als marginal oder als Feigenblatt betrachtet.

Nun steht die Vereinigung von Linkspartei und WASG bevor. Wird sie ein Schritt sein – hin zu einer neuen, gemeinsamen sozialistischen Partei? Das wäre nur zu begrüßen! Aber da gibt es die „Eckpunkte“ für das auszuarbeitende Parteiprogramm. Sie enthalten etliche vernünftige Forderungen: Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplätze durch staatliche Investitionsprogramme u. a. Nur: Es steht nicht drin, wie das durchgesetzt werden soll, mit welchen Massenaktionen, welchen Verbündeten! Das klare Ziel – die Errichtung einer Gesellschaftsordnung mit sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen – fehlt völlig. Verlangt wird nur ein „Politikwechsel“, die kapitalistische Gesellschaft bleibt unangetastet. Nur ihre schlimmsten Auswüchse sollen beschnitten werden. Aber woher kommen denn diese Auswüchse? Bringt nicht das Kapitalverhältnis selbst unablässig Arbeitslosigkeit, Krisen, Sozialabbau, Kriege und Faschismus hervor? In den „Eckpunkten“ wird sogar die PDS-Position zu internationalen Militäreinsätzen aufgeweicht. Regierungsbeteiligungen werden nicht einmal von klaren Bedingungen abhängig gemacht. Die DDR wird fast ausschließlich negativ bewertet. Der Entwurf der Satzung für die neue Partei erweckt den Verdacht, daß man sich einiger innerparteilicher Zusammenschlüsse (etwa der Kommunistischen Plattform?) dadurch entledigen will, daß für ihre Anerkennung eine prozentuale Mindeststärke in acht Bundesländern verlangt wird.

Um zu einer wirklich neuen Linkspartei zu kommen, bedarf es also weiterhin geharnischter Auseinandersetzungen, an denen ich mich, solange das möglich ist, noch in der Partei beteiligen möchte. Ich halte es mit dem erfahrenen, jetzt 83 Jahre alten Kommunisten Hans Nieswand aus Potsdam, der sagt: „Natürlich wäre es möglich, jetzt endlich die Fleppen hinzuhauen. Aber so einfach wollen wir es bestimmten Vorständlern doch nicht machen!“ Die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, als wir Kommunisten wurden, sind noch nicht gelöst. Und schließlich haben wir auch eine Verpflichtung denen gegenüber, die uns in noch viel schwereren Zeiten vorangingen und gegenüber allen, die uns heute ihr Vertrauen schenken!

**Dr. Ernst Heinz**

*Unser Autor war seit 1971 in Berlin-Prenzlauer Berg als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung tätig. Von 1984 bis 1989 war er Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin.*